

VERBRAUCHERPOLITIK EU AKTUELL

Ausgabe 13 | 21. Juni bis 4. Juli 2021

INHALT:

- Allgemeine EU-Verbraucherpolitik
- Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr
- Finanzdienstleistungen
- Gesundheit / Ernährung
- Telekommunikation / Medien / Internet
- Wirtschaftsfragen / Wettbewerb
- Terminvorschau

ALLGEMEINE EU-VERBRAUCHERPOLITIK

Digitales COVID-Zertifikat in Kraft

Am 1. Juli 2021 ist die Verordnung zum COVID-19-Zertifikat der Europäischen Union (EU) in Kraft getreten. Alle Menschen, die in der EU wohnen, können sich nun das digitale COVID-Zertifikat ausstellen und verifizieren lassen. Das Zertifikat soll das sichere Reisen auch während der Corona-Pandemie innerhalb der EU erleichtern. 26 EU-Staaten können die Zertifikate ausstellen und überprüfen. Irland wird aufgrund massiver Cyberattacken die Übergangsfrist von sechs Wochen nutzen, die in der Verordnung vorgesehen ist. 21 Mitgliedstaaten sowie Norwegen, Island und Liechtenstein hatten bereits vor dem 1. Juli 2021 mit der Ausstellung von Zertifikaten begonnen.

Das digitale COVID-Zertifikat der EU ist allgemein erhältlich und bescheinigt COVID-19-Impfung, Tests und Genesung, ist kostenlos in allen EU-Sprachen verfügbar, wird digital und in Papierform bereitgestellt, ist sicher und enthält einen QR-Code mit digitaler Signatur. Nach der neuen Verordnung dürfen die Mitgliedstaaten keine weiteren Reisebeschränkungen für die Inhaber eines digitalen COVID-Zertifikats der EU einführen, außer wenn diese zum Schutz der öffentlichen Gesundheit notwendig und verhältnismäßig sind.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210701-digitales-covid-zertifikat_de

https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/coronavirus-response/safe-covid-19-vaccines-europeans/eu-digital-covid-certificate_de

Impressum

Verbraucherzentrale
Bundesverband e.V.

Rudi-Dutschke-Str. 17

10969 Berlin

Leiterin Team Brüssel

Isabelle Buscke

isabelle.buscke@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter
nehmen wir gerne entgegen.

BAUEN / ENERGIE / UMWELT / VERKEHR

1. Europäisches Klimagesetz tritt in Kraft

Der Rat der Europäischen Union hat am 28. Juni 2021 das Europäische Klimagesetz endgültig verabschiedet. Damit wird das Ziel einer klimaneutralen EU bis 2050 gesetzlich verankert. Dies folgt auf eine politische Einigung mit dem Europäischen Parlament vom 21. April 2021 und die Verabschiedung durch das Europäische Parlament am 24. Juni 2021. Neben dem Ziel der Klimaneutralität und dem ehrgeizigen Ziel der Union, nach 2050 negative Emissionen zu erreichen, wird im Europäischen Klimagesetz auch ein verbindliches Klimaziel der Union festgelegt, wonach die Netto-Treibhausgasemissionen (d. h. die Emissionen nach Abzug des Abbaus) bis 2030 um mindestens 55 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt werden sollen. Ferner wird die Europäische Kommission spätestens sechs Monate nach der ersten weltweiten Bestandsaufnahme im Rahmen des Übereinkommens von Paris gegebenenfalls ein klimapolitisches Zwischenziel für 2040 vorschlagen. Sie wird auch ein projiziertes indikatives EU-Treibhausgasbudget für den Zeitraum 2030-2050 und die dabei zugrunde gelegte Methode veröffentlichen.

Mit dem Europäischen Klimagesetz wird ein europäischer wissenschaftlicher Beirat für Klimaschutz eingesetzt. Dieser Beirat wird unabhängige wissenschaftliche Beratung und Berichte zu EU-Maßnahmen und Klimazielen sowie zu indikativen Treibhausgasbudgets und deren Vereinbarkeit mit dem Europäischen Klimagesetz und den internationalen Verpflichtungen der EU im Rahmen des Übereinkommens von Paris bereitstellen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/06/28/council-adopts-european-climate-law/>

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-27-2021-INIT/de/pdf>

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20210621IPR06627/eu-klimagesetz-abgeordnete-billigen-einigung-uber-klimaneutrale-eu-bis-2050>

2. Einigung über mehr Umweltschutz in europäischer Agrarpolitik

Die Landwirtschaftsminister der Europäischen Union (EU) billigten am 28. Juni 2021 die vom Rat der EU mit dem Europäischen Parlament erzielte vorläufige Einigung über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Details müssen noch auf Fachebene ausgearbeitet werden. Die Reform wird nach Vorlage der endgültigen Texte vom Europäischen Parlament und vom Rat der EU förmlich verabschiedet. Die neue GAP deckt den Zeitraum 2023-2027 ab; bis dahin gilt weiterhin eine 2020 vereinbarte Übergangsregelung. Mindestens 35 Prozent des Budgets für die Entwicklung des ländlichen Raums werden für umwelt- und

klimabezogene Maßnahmen und mindestens 25 Prozent der Direktzahlungen für Ökoprogramme bereitgestellt. Landwirte müssen künftig 4 Prozent ihrer Ackerflächen stilllegen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/06/28/farming-ministers-confirm-cap-reform-deal/>

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/06/25/council-and-ep-strike-provisional-deal-on-the-future-of-the-cap/>

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20210617IPR06468/eu-farm-policy-reform-parliament-and-council-strike-a-deal>

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20201019BKG89682/eu-farm-policy-reform-as-approved-by-meps>

3. Europäische Kommission will Käfighaltung von Nutztieren beenden

Die Europäische Kommission hat am 30. Juni 2021 bestätigt, dass sie bis 2023 einen Legislativvorschlag vorlegen wird, um die Käfighaltung für eine Reihe von landwirtschaftlichen Nutztieren zu verbieten. Sie reagiert damit positiv auf die Europäische Bürgerinitiative (EBI) „End the Cage Age“. Zudem hat die Kommission zwei weitere Bürgerinitiativen registriert: „Europäischer EcoScore“, die ein verpflichtendes Etikett mit Angaben zu den Umweltauswirkungen von Produkten fordert und „Für den Schutz kosmetischer Mittel ohne Tierquälerei und ein Europa ohne Tierversuche“, die das bestehende EU-Verbot von Tierversuchen für Kosmetika und des Inverkehrbringens von an Tieren getesteten Inhaltsstoffen verschärfen und ausweiten will.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210630-end-the-cage-age_de

4. Europäische Kommission konsultiert zu nachhaltiger Mobilität in der Stadt

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 1. Juli 2021 eine öffentliche Konsultation zu der für das dritte Quartal 2021 geplanten Mitteilung über „Nachhaltiger Verkehr – neuer politischer Rahmen für die Mobilität in der Stadt.“ Mit Blick auf die bis 2050 zu erreichenden Klimaziele sollen mit den in dieser Initiative vorgeschlagenen Maßnahmen den Mitgliedstaaten Anreize gegeben werden, urbane Verkehrssysteme aufzubauen, die sicher, zugänglich, inklusiv, erschwinglich, intelligent, resilient und emissionsfrei sind. Die Initiative befasst sich auch mit Fragen der durch den Verkehr verursachten Umweltverschmutzung und der Verkehrsüberlastung. Auch werden Lehren aus den Auswirkungen gezogen, die die COVID-19-Pandemie auf den öffentlichen Verkehr hat. Rückmeldungen zu dieser Konsultation sind bis zum 23. September 2021 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12916-Nachhaltiger-Verkehr-neuer-politischer-Rahmen-fur-die-Mobilitat-in-der-Stadt_de

5. Europäische Kommission genehmigt deutsche Unterstützung für öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur für Elektroautos

Die Europäische Kommission hat am 28. Juni 2021 ein deutsches Förderprogramm im Umfang von 500 Millionen Euro genehmigt, das Investitionen in öffentlich zugängliche Ladestationen für Elektrofahrzeuge in Deutschland unterstützen soll.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210628-ladeinfrastruktur-elektroautos_de

6. Europäischer Rechnungshof rügt Missachtung der Fluggastrechte in der Pandemie

In einem am 29. Juni 2021 veröffentlichten Sonderbericht rügt der Europäische Rechnungshof, dass während der Corona-Pandemie die Fluggastrechte missachtet worden sind. Wenn Fluggesellschaften Flüge annullieren, müssten sie den Passagieren nach geltender Rechtslage den Ticketpreis erstatten. Viele Fluggesellschaften hätten ihre Kunden aber stattdessen gezwungen, Gutscheine anzunehmen. Die EU-Prüfer kritisieren außerdem, dass Fluggesellschaften und Pauschalreiseveranstalter staatliche Beihilfen in Milliardenhöhe erhalten hätten, ohne dass dabei Rückerstattungen an Fluggäste zur Voraussetzung gemacht worden seien. Ab Mitte 2020 hätten die Fluggesellschaften dann begonnen, ihren Passagieren die Ticketpreise zu erstatten. In den meisten Fällen habe dies jedoch viel länger gedauert als die gesetzlich vorgeschriebenen sieben Tage für Flugreisende oder 14 Tage für Pauschalreisende (Reisen mit Flug und Hotel). Die Prüfer stellten fest, dass Passagiere, die ihre Tickets nicht direkt bei einer Fluggesellschaft gekauft hatten, mit noch mehr Schwierigkeiten kämpfen mussten. Sie seien oft zwischen Vermittlern (wie Reisebüros) und Fluggesellschaften hin und her verwiesen worden. Daraufhin hätten sie ihr Geld bestenfalls nur zum Teil oder mit großer Verspätung zurückbekommen und schlimmstenfalls gar nicht.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INSR21_15/INSR_passenger-rights_covid_DE.pdf

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR21_15/SR_passenger-rights_covid_DE.pdf

7. Fluggesellschaften müssen Verbraucherschutz verbessern

Aufgrund vieler Fluggastbeschwerden haben die Europäische Kommission und die nationalen Verbraucherschutzbehörden die Fluggesellschaften am 28. Juni 2021 aufgefordert, den Verbraucherschutz bei Flug-Annullierungen zu verbessern und dafür einen Maßnahmenkatalog vorgelegt. „Die Fluggesellschaften müssen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher respektieren, wenn Flüge gestrichen werden“, sagte der für Justiz und Verbraucherschutz zuständige Kommissar Didier Reynders. Die Initiative basiert auf den Ergebnissen einer Umfrage zum Beschwerdemanagement von 16 großen Fluggesellschaften. Fluggesellschaften, die in der Europäischen Union (EU) tätig sind, müssten das EU-Verbraucherrecht einhalten - von der Gewährleistung einer transparenten Kommunikation bis hin zur proaktiven Information der Passagiere über ihre Rechte. Insbesondere müssten sie die Wahl zwischen einer Rückerstattung und einem Gutschein bieten und die Passagiere darüber informieren, dass sie das Recht haben, ihre Gutscheine jederzeit gegen Geld einzutauschen. Die meisten der befragten Fluggesellschaften erstatteten auch nicht innerhalb der vom EU-Recht vorgesehenen 7-Tage-Frist. Sie müssten Maßnahmen ergreifen, um den Rückstau an ausstehenden Erstattungen zügig abzubauen, spätestens bis zum 1. September 2021.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210628-fluggesellschaften-verbraucher-schutz_de

https://ec.europa.eu/info/files/overview-measures-airlines_en

8. Neue Regeln zu Einwegplastik-Produkten

Seit dem 3. Juli 2021 gelten EU-weit neue Regeln zu bestimmten Einwegplastikprodukten. Bestimmte Produkte aus Einwegplastik – Wattestäbchen, Besteck, Teller, Trinkhalme, Rührstäbchen und Luftballonstäbe, sowie Becher, Lebensmittel- und Getränkebehälter aus expandiertem Polystyrol und alle Produkte aus Kunststoffen, die nach ihrer Nutzung schnell fragmentieren - dürfen in Europa nicht mehr auf den Markt kommen, da nachhaltige und erschwingliche Alternativen leicht verfügbar sind. Für andere Artikel gelten erweiterte Kennzeichnungspflichten und mehr Verantwortung der Hersteller.

https://ec.europa.eu/environment/topics/plastics/single-use-plastics_de

FINANZDIENSTLEISTUNGEN

1. Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher

Die Europäische Kommission eröffnete am 22. Juni 2021 eine öffentliche Konsultation zu dem für das erste Quartal 2022 vorgesehenen Vorschlag für eine

überarbeitete Richtlinie über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher. Fernabsatz bedeutet insbesondere Vermarktung per Telefon. Eine Evaluierung habe ergeben, dass der Mehrwert der Richtlinie gering ist. Durch die schrittweise Einführung produktspezifischer Rechtsvorschriften nach Einführung dieser Richtlinie (z. B. Verbraucherkreditrichtlinie oder Zahlungsdiensterichtlinie) und horizontaler Rechtsvorschriften (ePrivacy-Richtlinie, Datenschutz-Grundverordnung) habe sich deren Relevanz verringert. Die Richtlinie sollte jedoch als Sicherheitsnetz für neue unregulierte Produkte dienen. Ihre Hauptmerkmale, nämlich Regelungen zu vorvertraglichen Informationen, zum Widerrufsrecht und zur Kommunikation seien jedoch unzulänglich. Die vorvertraglichen Informationsanforderungen seien nicht an das digitale Umfeld angepasst. Das Widerrufsrecht sei nicht in vollem Umfang wirksam. Missbräuchliche Kommunikation wie vorgetickte Kästchen sei ebenfalls nicht ausgeschlossen. Rückmeldungen sind bis zum 28. September 2021 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13048-Fernabsatz-von-Finanzdienstleistungen-an-Verbraucher-Überprüfung-der-EU-Vorschriften_de

2. Überprüfung der EU-Vorschriften zu Verbraucherkreditverträgen

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 1. Juli 2021 eine öffentliche Konsultation zur Überprüfung der EU-Vorschriften zu Verbraucherkreditverträgen. Zu Verbraucherkreditverträgen (bei denen einer Privatperson ein Kredit gewährt wird) gehören unbesicherte Darlehen, Kreditkarten und Ratenkäufe. Mit dieser Initiative werden die einschlägigen EU-Vorschriften unter besonderer Beachtung von Fragen im Zusammenhang mit den Informationen für die Verbraucher und mit der Kreditwürdigkeitsprüfung überprüft. Ferner wird die Initiative auf die Auswirkungen von COVID-19 auf den Kreditmarkt und auf die Verbraucher eingehen. Bis zum 29. August 2021 sind Rückmeldungen zum Vorschlag für eine Richtlinie möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12465-Verbraucherkreditverträge-Überprüfung-der-EU-Vorschriften_de

3. Einigung über Neuregelung der Kraftfahrzeugversicherung zum besseren Schutz von Unfallopfern

Die Unterhändler von Europäischem Parlament und Rat der Europäischen Union (EU) einigten sich am 22. Juni 2021 über eine Neuregelung der europäischen Richtlinie zur Kraftfahrzeugversicherung. Die geänderten Vorschriften werden Verletzte besser schützen, wenn Unfälle in einem EU-Mitgliedstaat geschehen einschließlich der inländischen Opfer eines Unfalls, der von einem Fahrer aus einem anderen EU-Land verursacht wurde. Unfallopfer werden auch geschützt, wenn ein Haftpflichtversicherungsunternehmen in Konkurs fällt, da

die neuen Vorschriften nationale Entschädigungsstellen verpflichten, die Kosten zu tragen, die sich aus solchen Fällen ergeben. Die neuen Vorschriften harmonisieren die Mindestdeckungsbeträge in der gesamten EU: Für Personenschäden werden 6 070 000 Euro pro Unfall oder 1 220 000 Euro pro Geschädigtem und 1 220 000 Euro pro Unfall bei Sachschaden vorgeschrieben. Um gegen das nicht versicherte Fahren vorzugehen, erlaubt die geänderte Richtlinie grenzüberschreitende Kfz-Kontrollen.

Neue Regeln gibt es auch für die Versicherungsverträge. Bei Umzug ins Ausland müssen Schadensfreiheitsrabatte aus dem Herkunftsland („Bonus-Malus-Rabatte“) anerkannt werden. Dank neuer kostenloser und unabhängiger Preisvergleichsinstrumente können Verbraucher Preise, Tarife und Deckungen verschiedener Anbieter leichter vergleichen. Elektrofahrräder, Elektroroller und Nicht-Straßenfahrzeuge können von der Haftpflicht ausgenommen werden.

Das Europäische Parlament und Rat der EU müssen der Einigung über die neuen Vorschriften noch förmlich zustimmen. Die Vertreter der Mitgliedstaaten (EU-Botschafter) haben am 28. Juni 2021 ihre Zustimmung erklärt, sodass die Verabschiedung durch den Rat der EU nur noch eine Formsache ist. Die Richtlinie tritt 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft. Die neuen Vorschriften müssen von den EU-Mitgliedstaaten innerhalb von 24 Monaten nach Inkrafttreten umgesetzt werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20210617IPR06467/deal-reached-on-new-rules-to-better-protect-road-accident-victims>

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_21_3097

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/06/28/motor-insurance-directive-the-council-and-the-european-parliament-reach-a-provisional-agreement/>

4. Europäische Kommission drängt Kreditkartenunternehmen zum Schutz der Verbraucher vor Abofallen

Die Europäische Kommission und das Netz der nationalen Verbraucherbehörden (CPC) unter der Leitung des dänischen Verbraucherbeauftragten haben drei große Kreditkartenunternehmen - Visa, Mastercard und American Express – schriftlich aufgefordert, Änderungen an der Art und Weise zu beantragen, wie Informationen den Verbrauchern bei einer Zahlung mit wiederkehrenden Abonnementgebühren vorgelegt werden. Jüngste Untersuchungen zeigten, dass jeder zwölfte EU-Verbraucher ein billiges Produkt oder eine billige Dienstleistung online bestellt hat, um später herauszufinden, dass er in ein teures Monatsabonnement gelockt wurde. Häufige Fälle betrafen Mobiltelefone und Schönheitsprodukte, die von Online-Verkäufern verkauft werden, die die tatsächlichen Kosten

in versteckten oder kleinen Drucken über wiederkehrende Zahlungen verbergen. Kreditkartenunternehmen seien zwar nicht diejenigen, die diese Systeme betreiben, aber sie hätten die Pflicht, ihre Kunden ordnungsgemäß zu informieren. Im Zahlungsfenster, in dem Verbraucher beim Online-Shopping ihre Kreditkarteninformationen eingeben, gebe es oft nur Informationen über einen einmaligen Zahlungsbetrag, nicht über das wiederkehrende Abonnement. Nach den EU-Vorschriften, nämlich der Richtlinie über Zahlungsdienste und der Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken, müssten die Verbraucher über den spezifischen Betrag für Zahlungsvorgänge informiert werden, und sie sollten nicht irreführt werden. Der für Justiz zuständige EU-Kommissar Didier Reynders erklärte: "Die Wahrheit ist, dass manchmal Verbraucher ausgetrickst werden, und wir fordern Kreditkartenunternehmen auf, dafür zu sorgen, dass ihre eigenen Kunden nicht darauf hereinfallen. Kreditkartenunternehmen sind verpflichtet, das EU-Recht einzuhalten und sicherzustellen, dass die Verbraucher beim Kauf über die tatsächlichen Kosten Bescheid wissen." Die drei Kreditkartenunternehmen haben nun zwei Monate Zeit, um die Europäische Kommission und die CPC-Behörden über die Änderungen zu informieren, die sie an ihren derzeitigen Zahlungsvorgängen vornehmen wollen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_21_3127

GESUNDHEIT / ERNÄHRUNG

1. Europäisches Parlament und Rat der EU einigen sich über Bewertung von Gesundheitstechnologien

Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union (EU) haben am 22. Juni 2021 eine informelle Einigung über einen Gesetzgebungsvorschlag zur Bewertung von Gesundheitstechnologien erzielt. Beide Institutionen müssen noch förmlich zustimmen. Zu Gesundheitstechnologien gehören Arzneimittel, Medizinprodukte (z. B. Herzschrittmacher, Dialysegeräte oder Infusionspumpen) oder medizinische und chirurgische Verfahren sowie Maßnahmen zur Prävention, Diagnose oder Behandlung von Krankheiten im Gesundheitswesen.

Durch die neuen Vorschriften soll das Einreichungsverfahren für die Hersteller solcher Gesundheitstechnologien erleichtert werden. Die Mitgliedstaaten werden bei klinischen Bewertungen und wissenschaftlichen Konsultationen zu Gesundheitstechnologien zusammenarbeiten. Im Zentrum der Bewertung steht insbesondere der Mehrwert, den eine Gesundheitstechnologie im Vergleich zu anderen neuen oder zu den bestehenden Technologien bietet. Dank der Bewertung von Gesundheitstechnologien können die nationalen Gesundheitsbehörden fundierte Entscheidungen über die Festsetzung der Preise von Gesundheitstechnologien bzw. die Kostenerstattung treffen. Entwickler von Gesund-

heitstechnologien sollten die für die gemeinsame klinische Bewertung erforderlichen Informationen, Daten und andere Nachweise nur einmal auf EU-Ebene einreichen müssen. Die neuen Vorschriften werden unmittelbar anwendbar, und zwar stufenweise drei Jahre nach dem Inkrafttreten der Verordnung.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/06/22/health-technology-assessment-informal-deal-between-council-and-european-parliament/>

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_3142

2. Europäische Kommission sichert weitere Impfdosen von Moderna

Die Europäische Kommission hat am 22. Juni 2021 eine Änderung des zweiten Vertrags mit dem Pharmaunternehmen Moderna beschlossen. Sie ermöglicht den Kauf von 150 Millionen zusätzlichen Dosen des COVID19-Impfstoffes von Moderna im Namen aller EU-Mitgliedstaaten. Der überarbeitete Vertrag sieht die Möglichkeit vor, an Virusvarianten angepasste Impfstoffe sowie Impfstoffe für die Verwendung bei Kindern sowie Auffrischungsimpfstoffe zu erwerben. Der Vertrag garantiert eine Lieferung ab dem dritten Quartal 2021 bis Ende 2022. Die bisherigen Verträge sehen 310 Millionen Impfdosen für 2021 vor.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210622-option-moderna_de

3. Konsultation zur Überarbeitung der Vorschriften für die Information der Verbraucher über alkoholische Getränke

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 24. Juni 2021 einen sogenannten Fahrplan für den für das vierte Quartal 2022 vorgesehenen Vorschlag für eine Verordnung zur Überarbeitung der Vorschriften für die Information der Verbraucher über alkoholische Getränke. Ziel dieser Initiative ist die Einführung verbindlicher Angaben der Zutaten und der Nährwertdeklaration auf den Etiketten aller alkoholischen Getränke, wie dies bereits bei anderen vorverpackten Lebensmitteln der Fall ist. Bis zum 22. Juli 2021 kann zu einer „Folgenabschätzung in der Anfangsphase“ Stellung genommen werden. Für das vierte Quartal 2021 ist eine öffentliche Konsultation geplant.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13028-Lebensmittelkennzeichnung-Überarbeitung-der-Vorschriften-für-die-Information-der-Verbraucher-über-alkoholische-Getranke_de

4. Änderung von Höchstgehalten für Schadstoffe in Lebensmitteln

Der Rat der Europäischen Union erhob am 28. Juni 2021 keine Einwände gegen Durchführungsverordnungen der Europäischen Kommission bezüglich der

Höchstgehalte für Cadmium, Blei, Tropanalkaloiden sowie Mutterkorn-Sklero-
tinen und Ergotalkaloiden in bestimmten Nahrungsmitteln sowie hinsichtlich der
Höchstgehalte an Rückständen von Mandestrobin in Trauben und Erdbeeren.

https://www.consilium.europa.eu/media/50983/st10238_edited-en21.pdf

(Links zu den Rechtstexten)

TELEKOMMUNIKATION / MEDIEN / INTERNET

1. Anpassung des Produkthaftungsrechts an digitale Entwicklungen und künstliche Intelligenz

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 30. Juni 2021 einen sogenann-
ten Fahrplan für den für das erste Quartal 2022 geplanten Vorschlag für eine
Richtlinie über „Zivilrechtliche Haftung – Anpassung der Haftungsregeln an das
digitale Zeitalter und an die Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelli-
genz.“ Bis zum 28. Juli 2021 sind Rückmeldungen zu einer Folgenabschätzung
in der Anfangsphase möglich. Mit der Initiative soll der rechtliche Rahmen für
die Produkthaftung angepasst werden, um den Entwicklungen im Zusammen-
hang mit dem Übergang zu einer kreislauforientierten und digitalen Wirtschaft
auch in Bezug auf die Haftung für Schäden, die durch neue und generalüber-
holte Produkte entstehen, Rechnung zu tragen. Die Initiative wird sich auch mit
den Herausforderungen befassen, die sich im Zusammenhang mit der künstli-
chen Intelligenz ergeben.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12979-Zivilrechtliche-Haftung-Anpassung-der-Haftungsregeln-an-das-digitale-Zeitalter-und-an-die-Entwicklungen-im-Bereich-der-kunstlichen-Intelligenz_de

2. Online-Plattformen legen Berichte zu Desinformation über COVID19 vor

Wie Facebook, Twitter, TikTok, Microsoft und Google im Mai 2021 gegen fal-
sche und irreführende Informationen im Zusammenhang mit COVID19 vorge-
gangen sind, zeigen die Berichte, die die Europäische Kommission am 29. Juni
2021 veröffentlicht hat. Facebook meldete, dass seine im April eingeführten
Impfprofilbilder, die Menschen dazu ermutigen sollen, sich impfen zu lassen, im
Mai von mehr als fünf Millionen Nutzern weltweit verwendet wurden. Twitter hat
seine Benutzerbenachrichtigungen aktualisiert, damit Benutzer besser infor-
miert werden, wenn ihre Tweets gekennzeichnet oder entfernt werden. TikTok
arbeitete gemeinsam mit dem italienischen Jugendministerium an einer Kam-
pagne zur Förderung von Impfungen, die zu einem zehnfachen Anstieg der mit

Impfstoffen gekennzeichneten Videos in ganz Europa im Vergleich zum Vormonat führte. Bing vom Microsoft zeigt einen detaillierten Indikator für den Impffortschritt bei der Suche nach verwandten Begriffen. Google führte seine Suchfunktion ein, die eine Liste der zugelassenen Impfstoffe, Statistiken und Informationen in ganz Europa präsentiert und setzt derzeit zusätzliche Informationen darüber um, wo man sich impfen lassen kann.

Für ein besseres Verständnis der Auswirkungen der von den Plattformen ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation im Zusammenhang mit dem Coronavirus würden jedoch noch detailliertere Daten benötigt.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210629-berichte-desinformation_de

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/reports-may-actions-fighting-co-vid-19-disinformation-monitoring-programme>

3. Deutsche mit Qualität der Internetverbindung weniger zufrieden als der EU-Durchschnitt

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 28. Juni 2021 die Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage zur elektronischen Kommunikation. Fast alle Befragten besitzen ein Mobiltelefon (96 Prozent) und 82 Prozent der Haushalte verfügen über einen Internetzugang. Die Zahlen für Deutschland liegen mit 97 Prozent bzw. 88 Prozent leicht über dem europäischen Durchschnitt. Weniger zufrieden als ihre europäischen Mitbürger sind die Deutschen mit der Schnelligkeit des Internets. In der EU sind 81 Prozent der Bürger mit der Qualität der Download-Geschwindigkeiten und 82 Prozent mit der Qualität der Upload-Geschwindigkeiten zufrieden. In Deutschland sind es nur 77 Prozent bei den Download- und 76 Prozent bei den Upload-Geschwindigkeiten.

Ein Drittel (33 Prozent) der Befragten hat beim Roaming in einem anderen EU-Land eine geringere Geschwindigkeit des mobilen Internets erlebt als in ihrem Heimatland. 45 Prozent der Deutschen haben beim Roaming im Ausland eine geringere Geschwindigkeit des mobilen Internets wahrgenommen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210629-eurobarometer-internet_de

<https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2232>

4. Europäische Kommission gewährleistet Datenübermittlung nach Großbritannien

Die Europäische Kommission hat am 28. Juni 2021 zwei Angemessenheitsbeschlüsse zum Vereinigten Königreich angenommen: einen im Rahmen der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und einen im Rahmen der Richtlinie zum Datenschutz bei der Strafverfolgung. Beide Beschlüsse sind am selben Tag in Kraft getreten. Personenbezogene Daten können nun ungehindert aus der Europäischen Union in das Vereinigte Königreich fließen. Dort gelte für sie ein

Schutzniveau, das dem Schutzniveau, das gemäß EU-Recht garantiert wird, der Sache nach gleichwertig ist. Die Geltungsdauer der Beschlüsse ist auf vier Jahre begrenzt. „Das Vereinigte Königreich ist zwar aus der EU ausgetreten, aber seine rechtlichen Bestimmungen zum Schutz personenbezogener Daten sind noch die alten. Aus diesem Grund haben wir heute diese beiden Angemessenheitsbeschlüsse angenommen“, sagte EU-Kommissarin Věra Jourová.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210628-personenbezogene-daten-eu-uk_de

https://ec.europa.eu/info/law/law-topic/data-protection/international-dimension-data-protection/adequacy-decisions_de

WIRTSCHAFTSFRAGEN / WETTBEWERB

1. Überarbeitung der Vorschriften für die allgemeine Produktsicherheit

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 1. Juli 2021 eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie über die allgemeine Produktsicherheit. Mit dieser Initiative werden die Produktsicherheitsvorschriften überarbeitet, um Fragen im Zusammenhang mit neuen Technologien und Online-Verkäufen zu berücksichtigen, eine bessere Durchsetzung der Vorschriften und eine effizientere und einheitlichere Marktüberwachung zu gewährleisten, um den Normungsprozess zu vereinfachen und den Rückruf gefährlicher Produkte, die sich bereits bei den Verbrauchern befinden, zu vereinfachen. Bis zum 29. August 2021 sind Rückmeldungen zum Vorschlag für eine Verordnung möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12466-Richtlinie-uber-die-allgemeine-Produktsicherheit-Uberarbeitung_de

2. Zunahme des Verbrauchervertrauens in Europa

Der von der Europäischen Kommission berechnete Index des Verbrauchervertrauens stieg im Juni 2021 gegenüber dem Vormonat im Euroraum um 1,8 Punkte auf -3,3 Punkte und in der Europäischen Union um 1,5 Punkte auf -4,5 Punkte. Der Index liegt im Euroraum über seinem langfristigen Durchschnitt von -11,1 und in der Europäischen Union über seinem langfristigen Durchschnitt von -10,6.

Der Index wird seit Januar 2019 neu berechnet. Er beruht nunmehr auf den Antworten von Verbrauchern auf folgende vier Fragen: (i) Wie hat sich die finanzielle Lage ihres Haushalts in den letzten 12 Monaten entwickelt?, (ii) Was für eine Entwicklung der finanziellen Lage ihres Haushalts erwarten sie in den

nächsten 12 Monaten?, (iii) Was für eine Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage ihres Landes erwarten sie in den nächsten 12 Monaten ? und (iv) Verglichen mit den letzten 12 Monaten, erwarten sie mehr oder weniger Ausgaben für größere Ankäufe (Möbel, Elektrogeräte, elektronische Geräte usw.) in den nächsten 12 Monaten ?

https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/flash_consumer_2021_06_en.pdf

3. Europäische Kommission leitet Untersuchung gegen Google wegen Online-Werbetechnologien ein

Die Europäische Kommission hat am 22. Juni 2021 ein förmliches Kartellverfahren eingeleitet, um zu prüfen, ob Google gegen die EU-Wettbewerbsvorschriften verstoßen hat, indem es seine eigenen Online-Werbeanzeigen-Technologiedienste (sogenannte „Ad Tech“-Branche) zulasten konkurrierender Anbieter von Werbetechnologiediensten, Werbetreibender und Online-Verleger bevorzugt hat. Im Rahmen des förmlichen Prüfverfahrens wird die Kommission insbesondere untersuchen, ob Google den Wettbewerb verfälscht, indem es den Zugang Dritter zu Nutzerdaten für Werbung auf Websites und in Apps beschränkt und sich diese Daten für die eigene Nutzung vorbehält.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210622-kartellrecht-google_de

4. Europäische und deutsche Wettbewerbshüter durchsuchen Bekleidungsunternehmen in Deutschland

Die Europäische Kommission hat am 22. Juni 2021 in Deutschland unangekündigt die Räumlichkeiten eines Unternehmens durchsucht, das Bekleidung herstellt und vertreibt. Die Europäische Kommission hat Bedenken, dass das inspierte Unternehmen möglicherweise gegen die EU-Kartellvorschriften verstoßen hat. Die Beschäftigten der Kommission wurden von ihren Kollegen der deutschen Behörden begleitet. Weiteres Angaben zu dem Unternehmen werden nicht gemacht.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210622-durchsuchung-bekleidungsunternehmen_de

5. Mehrwertsteuer auch auf Kleinimporte

Zum 1. Juli 2021 sind die neuen Mehrwertsteuervorschriften für Online-Einkäufe in Kraft getreten. Nach dem bisherigen System sind Waren, die von Nicht-EU-Unternehmen im Wert von weniger als 22 Euro in die Europäische Union (EU) eingeführt werden, von der Mehrwertsteuer befreit. Nunmehr wird die Mehrwertsteuer auf alle Waren erhoben, die in die EU eingeführt werden. Genauso ist es bereits für Waren, die von EU-Unternehmen verkauft werden. Studien und Erfahrungen hätten gezeigt, dass die Regelung missbraucht wird: Skrupellose

Verkäufer außerhalb der EU kennzeichneten Warenlieferungen, z. B. Smartphones, falsch, um in den Genuss der Steuerbefreiung zu gelangen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210628-mehrwertsteuer-reform_de

TERMINVORSCHAU

Rat der Europäischen Union

Ratsarbeitsgruppe „Energie“ (6. Juli 2021)

Bewertung der nationalen Aufbaupläne (Information der Europäischen Kommission).

Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (6. Juli 2021)

Überprüfung von Rechtsakt zur künstlichen Intelligenz.

Ausschuss für Finanzdienstleistungen (7. Juli 2021)

Strategie für Aufsichtsdaten.

Horizontale Gruppe „Fragen des Cyberraums“ (7. Juli 2021)

Vorschlag für eine Richtlinie über Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Niveau der Cybersicherheit in der gesamten Union.

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) - 1. Teil (7. Juli 2021)

Verordnung zur Änderung der Århus-Verordnung (Vorbereitung des Trilogs); Verordnung über eine befristete Ausnahme von der Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation.

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) - 2. Teil (7. und 9. Juli 2021)

COVID-19 – EU-Koordinierung (Gedankenaustausch); Verordnung über grenzüberschreitende Zahlungen in der Union (kodifizierter Text).

Ratsarbeitsgruppe „Postdienste“ (8. Juli 2021)

Informationen über die Berichte über die Postdienterichtlinie und die Verordnung über grenzüberschreitende Paketzustelldienste (Informationen der Europäischen Kommission).

Ratsarbeitsgruppe „Genetische Ressourcen und Innovation in der Landwirtschaft – Sortenschutz“ (9. Juli 2021)

Vorschlag für eine Verordnung über die Verlängerung der Gemeinschaftlichen Sortenschutzrechte für die Spargelarten und die Artengruppen Blumenzwiebeln, holzige kleine Früchte und holzige Zierpflanzen - Sachstand (Informationen des Vorsitzes).

Ratsarbeitsgruppe „Wein und Alkohol“ (9. Juli 2021)

Vorbereitung der Generalversammlung der Internationalen Organisation für Rebe und Wein (12. Juli 2021).

Ratsarbeitsgruppe „Arzneimittel und Medizinprodukte“ (9. Juli 2021)

Vorschlag für eine Verordnung über schwerwiegende grenzüberschreitende Gesundheitsbedrohungen.

Rat auswärtige Angelegenheiten (12. Juli 2021)

Schlussfolgerungen zu einem global vernetzen Europa; Geopolitik der neuen digitalen Technologien; Verordnung über eine befristete Ausnahme von der Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation.

Sonderausschuss Landwirtschaft (12. Juli 2021)

Schlussfolgerungen zur Mitteilung der Kommission über den Aktionsplan für ökologische Landwirtschaft; Handelsbezogene Agrarfragen (Informationen der Kommission/Vorbereitung der Aussprache des Rates).

Ratsarbeitsgruppe „Arzneimittel und Medizinprodukte“ (13. Juli 2021)

Vorschlag für eine Änderung der Verordnung zur Einrichtung eines Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten.

Rat Wirtschaft und Finanzen – Ecofin (13. Juli 2021)

Paket für ein nachhaltiges Finanzwesen (Orientierungsaussprache); Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge im Bereich der Finanzdienstleistungen (Informationen des Vorsitzes); Verordnung über grenzüberschreitende Zahlungen in der Union (kodifizierter Text).

Europäisches Parlament

Plenum (5. bis 8. Juli 2021)

Handelsbezogene Aspekte und Auswirkungen von COVID-19; Auswirkungen von Offshore-Windparks und anderen Systemen für die Gewinnung von Energie aus erneuerbaren Quellen auf die Fischerei; Rechte von LGBTI+-Personen in der EU – Entschließungsantrag; Europäische Arzneimittel-Agentur; Allgemeines Umweltaktionsprogramm der Union für die Zeit bis 2030; Verwendung von Technik zur Verarbeitung von Daten zwecks Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet (vorübergehende Ausnahme von der Richtlinie 2002/58/EG).

Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (12. Juli 2021)

EU-Strategie zur Verringerung der Methanemissionen; Gedankenaustausch mit Tom Vilsack, Landwirtschaftsminister der Vereinigten Staaten, über die transatlantischen Beziehungen in den Bereichen Ernährung und Landwirtschaft; Meinungsaustausch mit dem Minister für Landwirtschaft, Forsten und Ernährung, Jože Podgoršek, über die Prioritäten der slowenischen Ratspräsidentschaft im Bereich der Landwirtschaft; Präsentation der Mitteilung über die langfristige Vision für den ländlichen Raum durch Kommissar Janusz Wojciechowski; Verlängerung der gemeinschaftlichen Sortenschutzrechte für die Spargelarten und die Artengruppen Blumenzwiebeln, holzige kleine Früchte und holzige Zierpflanzen; Präsentation einer Studie der wissenschaftlichen Dienste des Europäischen Parlaments zum Thema „Tierschutz im Land – Ex-post-Bewertung der EU-Rechtsvorschriften: Perspektiven für die Kennzeichnung des Tierschutzes auf EU-Ebene“.

Fischereiausschuss (12. Juli 2021)

Auf dem Weg zu einer nachhaltigeren Fischerei in der EU: Sachstand und Leitlinien für 2022 (Erläuterung durch die Europäische Kommission); Aussprache mit Virginijus Sinkevičius, Kommissionsmitglied mit Zuständigkeit für Umwelt, Meere und Fischerei.

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (12./13. Juli 2021)

Resilienz kritischer Einrichtungen; Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau in der Union; Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Union; Änderung der Richtlinie über die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und die Kontrolle der entsprechenden Versicherungspflicht. Präsentation der Studie der Politikabteilung „Online-Werbung: Die Auswirkungen gezielter Werbung auf Werbetreibende, Marktzugang und Wahlmöglichkeiten der Verbraucher“; Meinungsaustausch mit Didier Reynders, EU-Kommissar für Justiz und Verbraucherschutz zu der Vorlage der Vorschläge der Kommission zur Überarbeitung der Verbraucherkreditrichtlinie und der Richtlinie über die allgemeine Produktsicherheit; Präsentation des Sonderberichts des Europäischen Rechnungshofs über „Fluggastrechte während der COVID-19-Pandemie – Schlüsselrechte trotz Bemühungen der Kommission nicht geschützt“, mit Schwerpunkt auf der Pauschalreiserichtlinie.

Ausschuss für Verkehr und Tourismus (12./13. Juli 2021)

Resilienz kritischer Einrichtungen; Maßnahmen zur Gewährleistung eines hohen gemeinsamen Cybersicherheitsniveaus in der Union, Sitzung der Task Force für Tourismus zur Lage des Tourismussektors der EU für die Sommersaison 2021: Verordnung über Batterien und Altbatterien

Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (13./14. Juli 2021)

Meinungsaustausch mit dem slowenischen Gesundheitsminister Janez Poklukar; Verordnung über schwerwiegende grenzüberschreitende Gesundheitsbedrohungen; Verordnung über die Bewertung von Gesundheitstechnologien; Delegierte Verordnung der Kommission zur Festlegung der Kriterien für Antibiotika, die für die Behandlung bestimmter Infektionen beim Menschen zu reservieren sind.

Ausschuss für Wirtschaft und Währung (13. Juli 2021)

Richtlinie über Kreditdienstleister, Kreditkäufer und die Verwertung von Sicherheiten; Verordnung über eine Pilotregelung für auf der Distributed-Ledger-Technologie basierende Marktinfrastrukturen; Jahresbericht 2020 über die Bankenunion

Rechtsausschuss (13. Juli)

Eine Pharmastrategie für Europa; Nachhaltige und intelligente Mobilitätsstrategie; Wettbewerbsfähige und faire Märkte im digitalen Bereich (Gesetz über digitale Märkte); Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste).

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (15. Juli 2021)

Verordnung über europäische Daten-Governance (Daten-Governance-Gesetz); Verordnung über einen Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste); Eine EU-Strategie zur Verringerung der Methanemissionen; Nachhaltige und intelligente Mobilitätsstrategie; Präsentation der Energieaspekte des Pakets Fit für 55 durch Kommissarin Kadri Simson.

Europäische Kommission

Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (6. Juli 2021)

Erneuerte Strategie für nachhaltige Finanzen; Etablierung eines EU-Standards für grüne Anleihen.

Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (14. Juli 2021)

„Fit for 55“-Paket zur Umsetzung der EU-Klimaziele; Digitale Umlage.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Plenum (7./8. Juli 2021)

Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen; EU-Strategie für die Rechte des Kindes/Kindergarantie; Neue EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel; Debatte über Künstliche Intelligenz und reale Werte: Unsere digitale Zukunft; Digitaler Kompass 2030: Der europäische Weg für die digitale

Dekade; Wirtschaftliche und soziale Chancen der Digitalisierung; Modernisierung der inklusiven, sicheren und vertrauenswürdigen Digitalisierung für alle; Überprüfung der Roaming-Verordnung.

Europäischer Gerichtshof

Urteil in der Rechtssache C-178/ 20 (8. Juli 2021)

Inverkehrbringen von Arzneimitteln.

Verbraucherpolitik EU aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

Newsletter verfasst von

Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)